

Innenstadtbelebung und Umgang mit der NS-Geschichte im Quartier am Karlsplatz vereinbar machen

Am Karlsplatz stehen große bauliche Veränderungen an. Das Quartier zwischen Breuninger und Dorotheenstraße ist heute ein unbelebtes und ziemlich heruntergekommenes Areal, das an dem städtebaulich so prominenten Ort mit Neuem und Altem Schloss, Markthalle und Altem Waisenhaus triste Hinterhof-Atmosphäre verbreitet. Eine Neugestaltung und Aufwertung dieses Areals ist zu begrüßen.

Es besteht die Chance, aus diesem Hinterhof ein attraktives und belebtes Quartier zu machen, das das Bohnenviertel näher an die Fußgängerzone heranbringt und endlich der historischen Bedeutung der Dorotheenstraße 10 Rechnung trägt, wo sich im Gebäude des ehemaligen Hotel Silber die Gestapo-Zentrale von Württemberg befand.

Diesen Chancen stehen allerdings Risiken gegenüber, die insbesondere aus dem geplanten Ausmaß der baulichen Nutzung resultieren. Die Pläne des Landes Baden-Württemberg zur Konzentration seiner Ministerien in der Innenstadt führen auch in diesem Areal zu Problemen, insbesondere hinsichtlich des Umgangs mit dem historischen Ort Dorotheenstraße 10 und hinsichtlich einer städtebaulich verträglichen Einfügung der geplanten Gebäudemassen in das historische Umfeld am Karlsplatz. Die derzeit vorliegenden Planungen werden beiden Herausforderungen noch nicht gerecht.

Wir Grünen fordern deshalb, dass im laufenden Planungsprozess deutlich nachgebessert wird.

Lern- und Gedenkort „Hotel Silber“

Die Dorotheenstraße 10 ist der Ort, an dem während des Nationalsozialismus bis 1945 Morde geplant, an dem gefoltert, gestorben und getötet wurde. Es ist ein Ort der Opfer, vor allem aber auch ein Ort der Täter. In den letzten 65 Jahren haben das nur wenige Stuttgarterinnen und Stuttgarter wahrgenommen. Auch deshalb, weil sich kaum jemand bemüht hat, das Gedenken an diesen Ort und an diese Zeit wach zu halten.

Wir sind der Auffassung, dass das Land Baden-Württemberg, die Landeshauptstadt Stuttgart und die Stuttgarterinnen und Stuttgarter die Pflicht haben, solche Orte im Sinne des Lernens- und Gedenkens zu respektieren, gerade auch dann, wenn Umnutzungen oder Neubauten anstehen. Das gilt für die Dorotheenstraße 10, für den Killesberg, wo die Juden zusammengetrieben wurden, für den Nordbahnhof, wo sie deportiert wurden, für das Polizeigefängnis „Büchenschmiere“ im Hospitalviertel und für das Landgericht, wo hunderte angeblicher Staatsfeinde verurteilt und exekutiert wurden.

Die Grünen im Rathaus haben deshalb von der Stadt Stuttgart zu Recht ein umfassendes, über die Dorotheenstraße 10 hinausgehendes Konzept des Gedenkens und der Vermittlung von NS-Geschichte eingefordert. Erst recht seit dem von der Grünen Gemeinderatsfraktion mit-initiierten Hearing „Erinnerungsorte in Stuttgart“ besteht Konsens, dass am Ort der ehemaligen Gestapo-Zentrale neben einem Gedenkort auch ein aktiver Lernort mit ausreichenden Räumlichkeiten, mit Etat und Personal eingerichtet werden muss, der uns und den nächsten Generationen einen Begriff davon vermittelt, wie die Täter agierten und wie die Opfer litten. Vor diesem Hintergrund bewerten wir die auch auf Initiativen der Grünen im Landtag und im Gemeinderat zurückzuführenden Pläne des Landes, erstmals an diesem Ort Raum, Personal und Geld zur Verfügung zu stellen, als einen Schritt in die richtige Richtung.

Um den tatsächlichen Bedarf an Ressourcen und die angemessene Gestaltung zu ermessen, muss der neu gegründete Fachbeirat sich zeitnah mit der Planung und Umsetzung des Lern- und Gedenkortes an der Dorotheenstraße 10 beschäftigen. Der entstehende Lern- und Gedenkort soll darüber hinaus ein wichtiger Schwerpunkt in einer noch zu bildenden Stuttgarter Topographie des Gedenkens sein.

Konsens besteht auch darüber, dass die Besonderheit des authentischen Orts von außen ablesbar sein muss und sich nicht mit Kommerz vermischen darf. Das historische Wissen darf nicht, auch nicht unabsichtlich, „entsorgt“ werden, das historische Gedächtnis nicht „erblinden“.

Fraglich ist allerdings, ob oder inwieweit dazu das heutige Ministeriumsgebäude erhalten werden muss. Das heute bestehende Gebäude hat nach Zerstörungen im zweiten Weltkrieg und nach mehreren Umbauten in der Nachkriegszeit auch im äußeren Erscheinungsbild nur noch in Teilen etwas mit der Gestapo-Zentrale „Hotel Silber“ zu tun.

Forderungen nach einem Kompletterhalt des heutigen Ministeriumsgebäudes an der Dorotheenstraße und nach einem umfassenden Dokumentations- und Forschungszentrum in diesem Gebäude gehen deshalb über das hinaus, was uns städtebaulich und mit Blick auf den Lern- und Gedenkort notwendig und sinnvoll erscheint.

Richtig ist aber, dass die Geschichte der Gestapo in Württemberg, dass viele Zusammenhänge der NS-Repression gegen Homosexuelle, Zigeuner und andere Opfergruppen noch wenig, oder noch nicht ausreichend erforscht sind. Forschung tut also dringend Not. Ein neues, zentrales Forschungs- und Dokumentationszentrum aufzubauen, wo schon viele bestehende wissenschaftliche Einrichtungen zur Erforschung der NS-Vergangenheit unter notorischer Finanznot leiden (so kämpfen die Geisteswissenschaften der Universität Stuttgart mit ihrem für die Erforschung der NS-Zeit weltweit angesehenem Historischen Institut immer wieder schlicht ums Überleben!), führt eher zu einer Schwächung bestehender Einrichtungen.

Wir sehen die Bedeutung des Gebäudes nicht in seiner Architektur und schon gar nicht in irgendeiner Eigenschaft als Denkmal. Das heutige Gebäude ist auch alles andere als ein Zeugnis des liebenswerten Alt-Stuttgart. Wir sehen die Bedeutung der Dorotheenstraße 10 vielmehr und zuallererst als historischen Ort des Schreckens. Die historischen Ereignisse des Schreckens müssen deshalb vor Ort erkennbar sein, dargestellt und vermittelt werden. Dazu muss mehr getan werden, als bisher vorgesehen.

Anders als heute, da viele Menschen an der Dorotheenstraße 10 vorbei gehen, ohne dabei auch nur die leiseste Idee zu haben, welche schrecklichen Ereignisse sich an diesem Ort zugetragen haben, muss die künftige Bebauung an der Ecke Dorotheenstraße/Holzstraße durch Integration von Teilen der bestehenden Bebauung als Stolperstein im Stuttgarter Stadtbild erkennbar und erfahrbar sein.

Die grüne Gemeinderatsfraktion und die Grünen im Bezirksbeirat Mitte haben der Aufstellung des Bebauungsplans mit zahlreichen Änderungen zugestimmt und eine Neuordnung des Quartiers damit auf den Weg gebracht. Die Bauherren, die Architekten, die Verwaltung und der Gemeinderat müssen jetzt die bisherigen Planungen überarbeiten, Bedenken der Bürger auswerten, Alternativen prüfen und ein Ausstellungskonzept vorlegen.

Wir fordern:

1. Das Konzept und die Größe des Lern- und Gedenkortes müssen überzeugen und eine angemessene, qualitativ hochwertige, aktive Lern- und Gedenkarbeit gewährleisten. Dazu sind die aus den Empfehlungen des Fachbeirates resultierenden räumlichen, finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die grüne Gemeinderatsfraktion setzt sich dafür ein, dass dazu auch die Stadt Stuttgart einen angemessenen Beitrag leistet.
2. Das Ministeriumsgebäude in der Dorotheenstraße darf nicht vollständig abgerissen werden. Es muss in seinen authentischen Teilen zumindest so weit erhalten werden, dass an diesem Ort des Schreckens auch äußerlich und architektonisch ein deutlich erkennbarer städtebaulicher Stolperstein des An- und Innehaltens entsteht. Die Frage, ob die im Weltkrieg nicht komplett zerstörte Hälfte des Gebäudes vollständig erhalten und in angemessener Weise in den geplanten Neubau integriert werden kann, muss durch die Architekten der Bauherren und einen im Einvernehmen mit der Bürgerinitiative ausgewählten unabhängigen Architekten geprüft werden.

Städtebauliche Entwicklung am Karlsplatz

Wir halten die gegenwärtigen Vorstellungen der Investoren Land Baden-Württemberg und Breuninger für überzogen. Die Größe der Bebauung und die Verteilung der Baumassen werden den Anforderungen der historischen Umgebung am Karlsplatz noch nicht gerecht.

Wir begrüßen es deshalb sehr, dass die grünen VertreterInnen im Architekturwettbewerb aus diesem Grund gegen den Gewinnerentwurf des Stuttgarter Architekturbüros Behnisch gestimmt haben. Das geplante Maß der baulichen Nutzung und die geplante Baumasse, sind für uns auch nach den vorgenommenen Nachbesserungen noch zu groß.

Wir fordern:

3. Die Baumasse und die Gesamtgröße des Gebäudes müssen deutlich reduziert werden. Die grüne Gemeinderatsfraktion muss sich dazu insbesondere im Hinblick auf das historische Ensemble am Karlsplatz politisch weiterhin intensiv für eine Optimierung der bestehenden Planungen der Bauherren einsetzen, mit folgenden Zielen:
 - eine Verringerung der Baumasse,
 - die Einfügung der Fassaden in die Umgebung,
 - eine verbesserte Einhaltung der Sichtachsen,
 - eine Tiefgaragenzufahrt ohne Beeinträchtigung der historischen Umgebung
 - die Aufwertung des öffentlichen Raums durch Umgestaltung der Dorotheenstraße in eine Fußgängerzone.

Unterzeichner:

Arne Braun
Annegret Breitenbücher
Mark Breitenbücher
Andreas Bühler
Martin Gerlich
Reiner Götz
Rudi Hoogvliet
Andreas Höhne
Wolfgang Jaworek
Dr. Friederike Kaiser
Veronika Kienzle
Niombo Lomba
Reinhard Möhrle
Klaus-Peter Murawski
Thomas Rehmet
Jochen Stopper
Peter Svejda
Werner Wölflle